

Argumentarium

Initiative für eine konsequente Klimapolitik



Die Klimapolitik zur Priorität machen

Es ist höchste Zeit, die Klimapolitik in der Stadt Bern zur Priorität zu machen und zuoberst auf die politische Agenda zu setzen. Dazu braucht Bern **ambitionierte Klimaziele** und **wirksame Massnahmen**, damit die Stadt bis **2040 Netto-Null** erreicht.

Die Finanzierung sicherstellen

Die Klimagerechtigkeitsinitiative schlägt einen städtischen Klimafonds vor, in den jährlich mindestens 20 Millionen Franken (knapp 1.5% des städtischen Budgets) eingezahlt werden. Daraus sollen Klimamassnahmen aus der städtischen Energie- und Klimastrategie finanziert werden, wie beispielsweise die rasche Sanierung der städtischen Gebäude, der Ausstieg aus **fossilen Heizungen** und die **Dekarbonisierung** und **Reduktion des Verkehrs**.

Soziale Gerechtigkeit fördern

Klimaschutz soll durch Umverteilung sozialverträglich finanziert werden. Das heisst, dass der Klimafonds von den Hauptverursacher*innen der Klimakrise (Unternehmen, Grossverbraucher*innen, Reiche) bezahlt wird und wenig Verdienende nicht zusätzlich belastet. Das Geld wird dort geholt, wo es vorhanden ist – zum Beispiel, indem die Stadt die **Unternehmenssteuern** wieder erhöht, die vom Kanton Bern gesenkt wurden.

Woher kommt das Geld?

Neben dem Geld aus der Stadtkasse, sollen zusätzliche Gelder aus anderen Quellen bereitgestellt werden. Dazu kann der Gemeinderat zum Beispiel:

- die Steuern für Unternehmen erhöhen
- einen Teil der Gewinnablieferung der ewb verwenden und diese bei Bedarf erhöhen
- Gebühren erhöhen oder neue Gebühren erlassen (einkommensabhängig)

Wofür braucht es Geld?

Damit wir die Klimakrise effektiv bekämpfen können, müssen wir jetzt in Klimamassnahmen investieren. Die Stadt Bern hat in der Energie- und Klimastrategie (EKS) 2015 - 2025 bereits einen breiten Fächer an Massnahmen definiert. Bei der Erarbeitung der EKS 2025 - 2035 wird zudem immer klarer: die Kosten dafür bewegen sich im mehrstelligen Millionenbereich. Konkret schlagen wir unter anderem folgende Massnahmen vor:

- Energetische Sanierungen, Ersatz von fossilen Heizungen und Bau von Solaranlagen auf Dächern und Fassaden bei städtischen Gebäuden
- Zielgruppenspezifische Beratung zum Heizungsersatz und zu energetischen Sanierungen (z.B. Hauseigentümer*innen)
- Autofreie Quartiere, Superblocks und grüne Begegnungszonen gestalten
- Ausbau von Infrastruktur für den Fuss- und Veloverkehr sowie für den ÖV
- Abfallreduktion durch Einführung von Kunststoffrecycling und Förderung von Wiederverwertung
- Aufstockung Personal bei verschiedenen städtischen Fachstellen (z.B. Stadtgrün, Tiefbauamt, Amt für Umweltschutz, etc.) zur Umsetzung der Massnahmen

Warum braucht es noch einen Klimatopf?

Der städtische Klimafonds soll bestehende Finanzierungsinstrumente (z.B. Globalbudget, Rahmenkredit zur Entsiegelung, Ökofonds etc.) ergänzen. Er finanziert Massnahmen in städtischer Verantwortung, die nicht bereits durch andere Töpfe oder Förderinstrumente abgedeckt sind und heute aufgrund von Spardruck oder anderer Prioritätensetzung nicht umgesetzt werden.

Warum wurden die Massnahmen bisher nicht umgesetzt?

In den letzten Jahren hat die Stadt Bern aus Spargründen zu wenig Mittel für die Erreichung der Klimaziele bereitgestellt: Die Ressourcen von Fachstellen für die Planung und Umsetzung von Klimamassnahmen wurden reduziert und bereits beschlossene Massnahmen wieder gestrichen (z.B. Förderung von Fuss- und Veloverkehr, CO₂-Reduktion in städtisch subventionierten Betrieben, klimaneutrale Vermögensbewirtschaftung, Verzicht auf Ökostrom für Strassenbeleuchtung, etc.).

Entsprechend erreicht die Stadt Bern nicht einmal ihre selbst gesteckten Klimaziele; insbesondere beim Wärmeverbrauch und bei erneuerbarem Strom ist Bern nicht auf Kurs. Dies zeigt der Controlling Bericht zur Energie- und Klimastrategie¹.

Warum verbieten wir keine Ölheizungen und Verbrenner?

Aufgrund des übergeordneten Rechts hat die Gemeinde nur beschränkten regulatorischen Spielraum. So sehen das nationale und kantonale Recht keine Möglichkeiten für ein Verbot von Ölheizungen oder Verbrennern auf Gemeindeebene vor. Deshalb muss die Stadt zusätzlich auf Beratung und Sensibilisierung setzen, um private Akteur*innen an Bord zu holen (z.B. Hauseigentümer*innen für energetische Sanierungen).

Warum braucht es ein ambitioniertes Klimaziel?

Die aktuelle Erhitzung der Erde führt ungebremst zu einer Klimakatastrophe, die unsere natürlichen Lebensgrundlagen bedroht. Laut Expert*innen und Forscher*innen an der Klimakonferenz im Dezember 2023 (COP28), stehen uns bereits sechs unwiderrufliche Kippunkte bevor, die verheerende Dominoeffekte auslösen können. Es gilt deshalb, in der Klimapolitik endlich entschlossen zu handeln.

Die Schweiz ist jedoch viel zu zögerlich unterwegs – das bestätigte auch der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) in seinem Urteil im Fall Klimaseniorinnen. Deshalb müssen die progressiven Städte nun vorangehen und aufzeigen, dass eine effektive Klimapolitik möglich ist. Dazu soll sich Bern an anderen vergleichbaren Städten wie Basel (Zieljahr 2037), Zürich und Winterthur (Zieljahr 2040) ein Beispiel nehmen und ihr Netto-Null Ziel auf spätestens 2040 festlegen.

¹ Stadt Bern, Controlling Bericht Energie- und Klimastrategie 2021: <https://www.bern.ch/themen/umwelt-natur-und-energie/klima/controllingbericht-2019/controllingbericht-2021-teil2-taetigkeitsbericht.pdf/download>